(Vierter Expedition: Kommandantenstraße 7. Jahrgang.)

Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis wöchentlich: 1 Sgr. 9 Pf., mit Botenlohn 2 Sgr., monatlich: 7 Sgr. 6 Pf. mit Botenlohn 8 Sgr. 6 Pf., vierteljährlich: 22 Sgr. 6 Pf., mit Botenlohn 25 Sgr. 6 Pf. — Der Abonnements-Preis ist bei allen Postanstalten des Inlandes 25 Sgr.; des Auslandes 28 Sgr. 6 Pf. — Inserate die gespaltene Petitzeile 2 Sgr.

№ 176. Berlin, Freitag, den 30. Juli. 1852.

Die ständische Ohnmacht.

Den nächsten Kammern soll ein auf ständisches Korporationswesen gegründetes Wahlgesetz vorgelegt werden, und dies, so sagt man uns, soll die letzte That der großen Rettung sein, die das Vaterland beglücken soll.

Um aber dieses Glück ganz darzuthun, wird uns unausgesetzt eine und dieselbe Lehre gepredigt und diese lautet: der Konstitutionalismus taugt nichts, er ist unmöglich, das sehen wir jetzt bei der Bedeutungslosigkeit der Kammern. Preußen ist groß geworden ohne Konstitutionalismus, mit dem Konstitutionalismus ist jene Unsicherheit aller Verhältnisse eingetreten, die gegenwärtig Jeden bedrückt. Darum müssen wir zurück zu den Ständen, zur ständischen Verfassung, zur Vertretung der ständischen Korporationen, dann wird alles gut gehen; Regierung und Stände werden fromm Hand in Hand wandeln und es wird sodann alles gesunden, was jetzt gar trübselig dahin krankt.

Dieser Einwurf, so weit er gegen den Konstitutionalismus gerichtet ist, hat etwas Wahres an sich, und wir sind keineswegs gesonnen, den jetzigen Konstitutionalismus irgend wie in Schutz zu nehmen. Wenn man ihm aber zum Vorwurf macht, daß er sich bis jetzt unhaltbar und unwirksam und ohnmächtig erwiesen hat, so haben wir zwei Dinge dieser Behauptung entgegen zu stellen.

Erstens müssen wir sagen: zeigt uns den Fall, wo der Konstitutionalismus von der Regierung wirklich ernstlich gewollt wurde und dennoch unwirksam geblieben ist! Der Konstitutionalismus ist freilich nur möglich, wenn ein gleich treuer Wille im Volke und in der Regierung vorhanden ist, diese Staatsform zu erhalten; aber es ist grade darum ein schlechter Beweis für die Unhaltbarkeit, wenn man nur den einen Fall aufführen kann, wo er der Regierung nicht zusagte. Mit Recht können hierauf die Konstitutionellen antworten: der Konstitutionalismus ist bei uns unwirksam, weil eben die Regierung nicht ernstlich denselben will. Der Vorwurf trifft also nicht das konstitutionelle System, sondern die Regierung. —

Zweitens aber haben wir einen triftigern und direktern Einwand gegen all' das Gerede von der Haltbarkeit und Tüchtigkeit eines ständischen Systems. Wir brauchen nur die Erfahrung von dreißig Jahren für uns heraufzuführen, um darzuthun, daß es nichts Ohnmächtigeres, Haltloseres, und, wie man es nennt, „Unmöglicheres" für Preußen giebt, als die jetzt mit einemmale so beliebt gewordene ständische Verfassung!

In den Jahren 1808 bis 1815 wurde stets und wiederholt in Preußen eine allgemein ständische Verfassung verheißen. Am 22. Mai 1815 — in den Tagen, wo man das Volk auf's neue aufrief gegen Napoleon zu ziehen, der von Elba zurückgekehrt war — wurden diese Verheißungen zum Gesetz erhoben und nach diesem Gesetz sollte „ohne Zeitverlust eine Kommission in Berlin zusammentreten, um die Landesrepräsentation einzurichten und eine Verfassungsurkunde auszuarbeiten." — Bei der Besitzergreifung aller neuen Provinzen wurde wiederholentlich die ständische Verfassung zugesagt und die Einberufung von Reichsständen verheißen. Selbst im Jahre 1817, als der Staatsrath gegründet wurde, ward die Verheißung von allgemeinen Ständen und einer Verfassungsurkunde erneuert. Ja, sogar beim Bundestag wiederholte der preußische Gesandte im Jahre 1818 die Versicherung, daß in Preußen allgemeine Stände eingeführt werden sollen. Und endlich stellte das Gesetz vom 17. Januar 1820 fest, daß Staatsschulden nur unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung aufgenommen werden sollen, und daß die Verwaltung der Staatsschulden den künftigen Reichsständen **alljährlich** Rechnung zu legen habe.

Wer all' diese Dokumente kennt, der wird gestehen müssen, daß es nicht bestimmtere entschiedenere Zusagen und Verpflichtungen zur Herstellung einer ständischen Verfassung geben kann als diese; und sie alle sind nicht aus sogenannten verhaßten Revolutionen hervorgegangen oder irgendwie ertrotzt worden, sondern sie sind die natürlichen Folgen einer naturgemäßen Entwicklung gewesen, welche eine einsichtsvolle Regierung zur Geltung bringen wollte.

Im Jahre 1823 wurde nun statt dieser allgemeinen ständischen Verfassung die provinzialständische eingeführt, und sie bestand ein ganzes Vierteljahrhundert, bis zum Jahre 1848. Aber man sage uns, ob es jemals eine ohnmächtigere, bedeutungslosere und unhaltbarere Vertretung als diese gegeben hat? — Im Jahre 1847 wurden sämmtliche Provinzialstände zu einem

vereinigten Landtag berufen, und gewiß dieser erste vereinigte Landtag hat ungeheuren Anklang im Volke genommen. Aber man sage uns doch, ob er nicht vollkommen ohnmächtig und erfolglos gegenüber der Regierung war? — Im Jahre 1848 trat derselbe Landtag wieder als zweiter vereinigter Lantag zusammen. Aber man sage doch, ob je eine Versammlung ohnmächtiger gegen den Strom der öffentlichen Meinung gewesen ist als diese Versammlung von Fürsten, Grafen, Herren, Rittern und Ständen war, die sich selbst Preis gab und das allgemeine Wahlrecht dekretirte?

Man stelle doch nur einmal die Wirksamkeit unserer konstitutionellen Kammern, die man mit Recht ohnmächtig gegen die Regierung nennt, mit der Wirksamkeit jener alten Provinziallandtage und der vereinigten Landtage zusammen, und man wird zugestehen müssen, daß im Vergleich mit den ständischen Vertretungen immer noch unsere Kammern eine große bedeutende Macht ausgeübt haben.

Es ist auch nichts in der Welt lächerlicher als die Redensart, daß man darum zur ständischen Verfassung zurück müsse, um der Vertretung eine mächtigere Bedeutung in Preußen zu geben, wenn man bedenkt, daß grade all' diejenigen die ständische Verfassung zurückwünschen, welche zur Zeit, als die Stände bestanden, stets die absoluteste Unterwerfung unter die Regierung gepredigt haben.

Man sehe sich doch nur die Geschichte der Stände an und man wird finden, daß die Stände der Provinz Preußen mit energischen Forderungen ihrer Rechte auftraten, also wirklich stets eine Macht zu sein strebten; man wird ferner finden, daß Schlesien, Posen und Rheinprovinz stets in Petitionen sich bestrebten den Landtagen eine Bedeutung gegenüber der Regierung zu verschaffen, daß dagegen die Landtage von Pommern und Brandenburg immer eine Unterwerfung unter die Regierung zeigten, die beispiellos in der Geschichte der Stände ist. — Und nun treten grade dieselben pommerschen und brandenburgischen Ritter auf und behaupten, man müsse die ständische Verfassung wieder herstellen, weil die jetzigen Kammern zu ohnmächtig gegen die Regierung sind und von einer ständischen Versammlung eine Machtstellung gegen die Regierung erwartet werden könne. — Wie, in aller Welt, muß man sich fragen, sind die geduldigen Schafe mit einem Male so gar störrische Böcke geworden, daß sie so große Lust bezeugen, in Stände verwandelt zu werden, um eine Opposition zu bekunden, die sie niemals gehabt haben?

Wie lächerlich ist es, grade diejenigen über die Ohnmacht der Kammern gegen die Regierung klagen und **deshalb** nach Abschaffung dieser Kammern schreien zu hören, die bisher und selbst in den Kammern stets die Ohnmacht der Kammern befördert haben? — Wer hat denn immer und immer allen Arten von Regierungsvorlagen beigestimmt? Wer hat denn unausgesetzt jede Art von Opposition verdammt? Wer hat denn stets die Tagesordnung über jede wichtige Frage herbeigeführt? Wer hat denn immer jeden energischen Beschluß der Kammern hintertrieben? Wer hat denn unermüdlich die büreaukratische Verwaltung und Maßregelung gut geheißen? Waren es denn nicht grade diejenigen, die jetzt über „die Ohnmacht" der Kammern klagen, und deshalb die Kammern abgeschafft und die alten Stände aus den Gräbern heraufbeschworen wissen wollen?

Wahrlich, wer die Geschichte der Stände in Preußen kennt, und sich die Leute ansieht, die jetzt den Schein annehmen, als wollten sie durch die Belebung der alten Stände einflußreiche Stände haben, der sieht die ganze Thorheit solcher Redensart ein!

Im Gegentheil: Die jetzigen wirklich ohnmächtigen Kammern sind noch viel zu mächtig gegen die Regierungsgelüste einer gewissen Partei; und wenn sie ständische Zustände fordert, so geschieht es nicht, um diesen Macht zu verleihen, sondern um die Regierung noch unumschränkter und die sogenannte Vertretung des Landes noch ohnmächtiger als sie ist zu machen.

Denn die ständische Verfassung ist stets die ohnmächtigste in Preußen.

Berlin, den 29. Juli.

— Die deutschen Vaterländchen Schaumburg-Lippe-Bückeburg und Lippe-Deimold haben den Entschluß gefaßt, in das Stückchen deutscher Einheit, welches bis jetzt errungen ist, das erste Loch zu reißen. Genannte „Staaten" wollen nemlich vom 1. August an wieder aus dem deutsch-östreichischen Postverein treten.

— Aus Koburg schreibt man: Unter den Mitgliedern unserer ehemaligen Grafen- und Herrenkurie, wie unter denen der Ritter herrscht in der jüngsten Zeit eine sichtbar freudige Bewegung, wie man sagt, in Folge eingegangener Nachrichten von Frankfurt a. M., welche ihnen viel Aussicht auf den Erfolg ihrer beim Bundestage gegen die neue Verfassung des Herzogthums eingereichten Protestation eröffnen.

— Am 26sten wurde in Stuttgart die jährliche ordentliche Generalversammlung der Direktoren der verschiedenen deutschen Eisenbahnen eröffnet.

† Der Student Robert Schlehan ist bekanntlich wegen des Breslauer Maiaufstandes zu einer sechsjährigen Einstellung in eine Festungsstrafabtheilung verurtheilt und in den Kasematten der Festung Silberberg inhaftirt. Wegen seines zweiten Fluchtversuchs wurde er zu weiterer sechsmonatlicher Einstellung in die Strafsektion kriegsrechtlich verurtheilt. Das Generalkommando in Breslau hat dies Urtheil kassirt und eine neue Untersuchung eingeleitet. In diesen Tagen hat nun das neue Kriegsgericht über Schlehan das Urtheil gefällt. Es lautet auf fünf Jahre Festungsstrafe wegen Desertion im Komplott. Dasselbe bedarf indeß noch der Bestätigung.

† Am Montag den 2. August wird das Zeug- und Raschmachergewerk das „Fliegenfest" wie alljährlich in Pankow feiern. An demselben Tage finden bekanntlich auch auf der Schönhauser Allee verschiedene Festlichkeiten statt.

— Nach der „N. Pr. Z." wird Berlin im nächsten Jahre eins seiner ältesten und besuchtesten Vergnügungslokale verlieren, nämlich Tivoli mit seiner Rutschbahn, seinen Konzerten und Feuerwerken. Der jetzige Besitzer von Tivoli, Herr Siegmund, soll, da die Gebäude so wie die Rutschbahn höchst baufällig sind und der Pachtkontrakt mit Herrn Schmidt im nächsten Jahre abläuft, beschlossen haben, dasselbe in Parzellen zu verkaufen. Ein Theil des Gartens soll auch bereits zu der neu zu begründenden Wasserheilanstalt Neugräfenberg angekauft sein.

— Frau Dr. Meyer (Aston) soll die Gnade des Königs nachgesucht haben, um ihre Tochter, welche die Behörden von ihr entfernt hatten, zu sich nehmen zu dürfen.

— Der Bauplan in Betreff der Passage zwischen der Französischen und Oberwallstraße und die sich daran knüpfende Verbreiterung der Werderstraße und der Passage bei den Werderschen Mühlen ist wegen allzugeringer Theilnahme der anwohnenden Hausbesitzer aufgegeben worden.

— Nach dem neuen Strafgesetz werden Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt, wegen einfachen Bankerotts mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft, wenn sie keine Bücher oder dieselben unordentlich geführt und eine Vermögensbilanz zu ziehen unterlassen

haben. Ein Materialwaarenhändler wurde gestern dieserhalb zu sechsmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt.

† Beim hiesigen Stadtschwurgericht wurden im Laufe des Monats Juni d. J. 35 Personen, darunter 4 weibliche, wegen Verbrechen rechtskräftig verurtheilt. Die Anklage lautete in einem Falle auf versuchte Eingehung einer Doppelehe, in einem auf Münzfälschung, in allen übrigen auf Diebstahl, Betrug und Urkundenfälschung.

— In der zweiten Hälfte des August werden die angeordneten außerordentlichen Kirchenvisitationen und zwar zuerst in der Diözese Nimptsch-Frankenstein in Schlesien beginnen. Zu Visitatoren sind durchgehends Geistliche ausersehen.

— Die von der hiesigen gemeinnützigen Baugesellschaft an der Schönhauser Chaussee angelegte kleine Kolonie „Bremer-Höhe" wird jetzt durch den Neubau eines zwei- und eines einstöckigen Hauses erweitert, dieselben sollen schon bis zum Herbst vollendet sein. Wie die drei erst erbauten Gebäude, so haben auch diese beiden nur kleinern Raum und sind nur für etwa zwei bis drei Familien bestimmt. Jedem Einwohner auf dieser Kolonie beabsichtigt nämlich der Vorstand der Gesellschaft zugleich ein Stückchen Land zur Beackerung zu übergeben. Wie im vorigen Jahre, so haben auch in diesem die dortigen Bewohner, wiewohl der Boden nur sehr mittelmäßig ist, durch gute Bearbeitung schon so viel an Gemüse gewonnen, wie sie zu ihrem Bedarf gebrauchen.

— Polizeibericht vom 29. Juli. Am 26. Nachmittags ertrank beim Baden in der Spree, unfern des Gutes Wilhelminenhof an unerlaubter Badestelle der Maurergeselle K., dessen Leichnam erst am späten Abend aufgefunden wurde. — In der Ravenéschen Eisenwaarenhandlung, Neue Grünstr. 16, wurden am 27. die Arbeitsleute S. durch das Umschlagen von Eisenblechtafeln beschädigt, dergestalt, daß der eine nach der Charitee befördert werden mußte. — Die unverehelichte R., 29 Jahre alt, in der Alexanderstraße im Dienst, welche seit einiger Zeit an Tiefsinn litt, wurde am 27sten Abends entleibt gefunden. Dieselbe stand seit 9 Jahren bei ihrer jetzigen Herrschaft im Dienst und war ein fleißiges und sittsames Mädchen. — Der Damenschneidermstr. R. entfernte sich am 27sten früh aus seiner Behausung und sandte noch einen Brief an die Seinigen, aus dem zu schließen, daß er seinem Leben gewaltsam ein Ende gemacht habe. Derselbe war in der letzten Zeit schwermüthig und befand sich in bedrückter Vermögenslage. — Am 27. wurde in der Alexanderstraße ein dem Anschein nach toller brauner Wachtelhund von dem Schutzmann H. verfolgt und getödtet. So viel bekannt, hat der Hund Menschen nicht angefallen, wohl aber einige Hunde in verschiedenen Stadttheilen gebissen und sind diese sofort getödtet oder zur Beobachtung nach der Thierarzneischule geschickt worden. — Bei dem Umbau des vormaligen Königsstädtischen Theatergebäudes verunglückte der Zimmergeselle S. am 28. früh dergestalt, daß er von einer Decke im 2ten Stockwerk auf eine etwas niedriger gelegene Wand fiel, und dadurch eine Gehirnerschütterung erlitt, die sein baldiges Ableben wahrscheinlich macht. — Am 28. Vormittags wurde ein 5 Jahre alter Knabe beim Spiel auf der Schönhauser Allee zwischen den Häusern Nr. 180 und 181. von dem Arbeitsmann K. mit einem leeren Wagen übergefahren und dadurch am Kopfe beschädigt. Der K. wird bei diesem Vorgange der groben Fahrlässigkeit beschuldigt. — Mit der Stettiner Eisenbahn trafen am 28. Nachmittags 91 Personen — Landleute aus dem Czarnikauer und Chodziesener Kreise — und an demselben Tage Abends einige 30 Personen — ebenfalls Landleute aus Vor- und Hinterpommern — hier ein, um nach Amerika auszuwandern. — An demselben Tage Nachmittags fiel der 8 Jahre alte Sohn des Schneidergesellen P. vor dem Hause Burgstr. Nr. 11, durch das eiserne Geländer in die Spree. Dem Tapeziergehilfen D. gelang es, den Knaben mittelst eines Kahnes, auf dem er sich zufällig befand, sehr bald zu erreichen und zu retten. Derselbe wurde seinen Eltern zugeführt, und dürfte sich gänzlich außer Gefahr befinden.

Posen. Die asiatische Cholera, deren Erscheinen nach den vielfachen seit zwei Wochen wahrgenommenen Verboten zu erwarten stand, ist nunmehr in der Stadt Posen ausgebrochen. Am 26. waren von 11 erkrankten Personen bereits 8 gestorben. Diese Krankheit hat uns in den Jahren 1831, 1837, 1848 und 1849 als Epidemie heimgesucht, während sie in den Jahren 1850 und 1851 nur in einzelnen Fällen wahrnehmbar wurde. Am heftigsten wüthete dieselbe im Jahre 1848, in welchem während zweier Monate ungefähr 2000 Menschen starben. Noch bei keinem früheren Auftreten war der sogenannte Choleraschreck so groß als gegenwärtig. Dazu trägt die in Folge der zeitherigen glühenden Hitze eingetretene körperliche Ermattung viel bei.

Naumburg. In Weißenfels, wo die freie Gemeinde nach der richterlichen Verurtheilung ihres Vorstandes einen Versuch gemacht hatte, sich unter einem andern Vorstande aufs Neue zu bilden, ist abermals eine Anklage gegen die Unternehmer und zwar diesmal wegen Mißbrauch des Versammlungsrechtes erhoben worden.

Sachsen. Es sind wieder mehrfache Begnadigungen von Maigefangenen erfolgt. In Leipzig ist von einem gemeinschaftlichen Auswanderungsplane die Rede, an welchem sich etwa einige funfzig Familien betheiligen würden. Das Ziel der Auswanderung würden die Vereinigten Staaten von Nordamerika sein, wo die Fortziehenden gemeinsam mit einander zu leben gedächten. Die unter Dr. Douai's Leitung mit ähnlichen Absichten ausgewanderten altenburger Demokraten haben sich, sicheren Nachrichten zufolge, bei der Ankunft in Amerika so ziemlich zerstreut, und nur ein kleines Häuflein ist mit Dr. Douai nach Texas gezogen.

Frankfurt a. M. In Bezug auf den Spielgewinn Haynau's sprach man zuerst von einem Gewinnste von 200,000 Gulden, allein in Wirklichkeit soll derselbe nur 50,000 Gulden betragen. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß der größte Theil der betreffenden Zeitungsartikel durch die Spielpächter in Homburg veranlaßt worden, welche dies Ereigniß benutzen, um Goldvögel an ihre Bank zu locken. Dies ist denn auch reichlich geschehen. Von allen Seiten strömen seit einiger Zeit die Spiellustigen nach Homburg und kehren meistentheils gerupft zurück.

Baden. Die Fortdauer des Kriegszustandes ist abermals bekannt gemacht worden. — In Baden-Baden ist bei der Anwesenheit des Präsidenten der Republik die Menge der französischen Polizeispione aufgefallen, welche unter den mannigfachsten Larven dort einpassirten und die Gesellschaft zu bewachen suchten.

Wien. Der Kaiser ist in Hermanstadt mit „endlosen Freudenbezeugungen", wie es in der telegraphischen Depesche der „W. Ztg." heißt, begrüßt worden. — Der „Frankf. P. Z." schreibt man aus Verona: „Achtbare und höchst glaubwürdige Privatschreiben aus Oberitalien bestätigen die bisher zirkulirenden Notizen von der vollständigen Entdeckung eines abermaligen weit verzweigten Mazzinikomplotts, dessen vornehmste Urheber diesmal jedoch bald in die Hände der strafenden „Gerechtigkeit" geriethen. Insbesondere zahlreiche Verhaftungen scheinen im Venitianischen hirrnach nothwendig geworden zu sein, und es sollen die Gefängnisse in Venedig nicht hinreichen, die Menge der schweren Angeschuldigten zu fassen. Man vernimmt, daß nach Antrag des Grafen Radetzky zwar keine Hinrichtungen stattfinden werden, hingegen aber fortan von dem System der Milde und Hochherzigkeit (??) vollkommen abgegangen werden soll. Bedeutende Geldkräfte, welche offenbar aus den höheren Klassen Oberitaliens stammten, dann Verbindungen mit England und Polen, und eine ungemeine Regsamkeit der „Umsturzpartei" dürften auch diesmal, laut jenen Berichten, im Spiele gewesen sein." — Die östreichische Flotte hat seither wahrlich keine Lorbeern gepflückt. Sie segelt die Küsten des Binnensees, den man das Adriatische Meer getauft hat, auf und ab; ein einzelnes Schiff wagt sich dann und wann auf kurze Zeit in die griechischen Gewässer; am meisten macht das ganze Institut von sich reden, wenn, was sehr regelmäßig alljährlich geschieht, ein Fahrzeug, welches irgend ein früherer Kavallerieoffizier aus guter Familie befehligt, an Stellen untergeht, wo man es für unmöglich halten sollte, es untergehen zu lassen; der General von der Kavallerie, der das Oberkommando über die gesammte Marine führt und ohne Zweifel ein ganz vortrefflicher Kavallerist ist, sieht bisweilen im Hafen und bei ruhiger See, wo keine Seekrankheit zu fürchten, nach, ob das Deck weiß gescheuert ist und die Mannschaften reglementsmäßig kostümirt sind — wie soll, wie kann aus einer solchen Wirthschaft etwas werden?

Paris, 27. Juli. Wie man der „K. Z." schreibt, soll der von Preußen abgeordnete General Hirschfeld, als er den Präsidenten in Nancy in einer deutschen Anrede begrüßte, dabei den Ausdruck „kaiserliche Hoheit" gebraucht haben. (?) — Die Bestattung des Marschalls Excelmans fand heute unter großem Pompe im Invalidenhotel statt. Der Präsident, welcher der Feierlichkeit beiwohnte, soll von den alten Kriegern mit dem Rufe: „es lebe der Kaiser" empfangen worden sein. — Nach einem freilich höchst unwahrscheinlichen Gerüchte würde der bekannte Legitimistenführer Hr. v. Larochejaquelin von der Regierung einen Posten oder mindestens eine diplomatische Mission annehmen. Napoleon, der Onkel, würde, wenn sich das Gerücht bestätigte, Recht haben, daß das Wort „unmöglich" im Französischen nicht existirt. — Der verstorbene General Gourgaud war ein Neffe des Komikers Dugason, wurde bei Austerlitz verwundet, bei Friedland zum Kapitän, bei Waterloo vom Kaiser, den er später nach St. Helena begleitete, zum General ernannt. Seine Gemahlin war eine geborne Röderer. — In den Elysäischen Feldern in Paris hat man seit vielen Jahren einen alten blinden Klarinettebläser mit einem weißen Hunde bemerkt, für den ein junges Mädchen, das er angenommen hatte, von den Vorbeiziehenden eine milde Gabe einsammelte. Kürzlich unterbrach ein schwarzgekleideter Herr den blinden Musikanten in seinem Spiele, und es entspann sich folgendes Gespräch zwischen ihnen: „Sie heißen Erique Touche?" „Ja, mein Herr." „Sie sind Bettler?" „Ja, mein Herr." „Und blind?" „Ja, mein Herr." „Sie haben eine Pflegetochter?" „Ja, mein Herr." „Und einen weißen Hund?" „Ja, mein Herr." „Sie hatten einen Freund auf der Brücke Tournelles?" „Er heißt Galimard." „Er hieß so, denn seit drei Tagen ist er auf dem Kirchhofe." Der Blinde stieß einen Schmerzenslaut aus und weinte. „Es ist richtig, fing der Herr an, Sie sind Erique Touche. Galimard hat Sie zum alleinigen Erben eingesetzt. Er vermacht Ihnen seine Klarinette und ein Kästchen, das er vergraben hatte, darin befanden sich 80,000 Fr. Erique Touche war so ergriffen, daß sich seine geschlossenen Augen aufthaten und er den Notar mit einem Paar schwarzer Augensterne anglotzte. Er umarmte vor Freuden das Mädchen und seinen Hund, stieg mit dem Notar in einen Fiaker und holte seine Erbschaft. Sein Freund hatte seit 43 Jahren auf der Brücke Tournelles Clarinette geblasen und bei sehr dürftiger Lebensweise die große Summe gesammelt. Beide Freunde sind nie blind gewesen.

Paris, 28. Juli. Nach einem zuverlässigen Gerüchte soll Turgot das Statsministerium, Drouin de L'Huys das Ministerium des Auswärtigen und Magne das Ministerium der Staatsarbeiten erhalten. (Tel. Dep.)

London, 27. Juli. Man kann die Wahlen für beendigt halten, indem nur noch drei oder vier Ernennungen unbekannt sind. Das Ministerium hat, was eine unbestreitbare Thatsache ist, trotz einzelner Siege, nicht die Mehrheit erhalten. Selbst der ministerielle „Morning Herald" giebt als die Stärke der Parteien im neuen Parlament folgendes an: 305 Konservative, 325 Liberale und 20 Zweifelhafte. Sollten nun letztere sich wirklich zu den Derby-Disraeliten schlagen, was noch keinesweges ausgemacht ist, so würde das Ministerium doch schwerlich bei Stimmengleichheit die Regierung fortführen können. Indessen ist das gegnerische Lager so gespalten, daß keine der verschiedenen Fraktionen, Peeliten, Whigs und Radikale, für sich allein eine Mehrheit erhalten würde. — Es heißt, daß der Major Beresford, Sekretär im Kriegsministerium sich zurückziehen wird, weil gegen ihn gegründeter Verdacht verübter Wahlbestechung vorliegt. Jeder neue Tag enthüllt neue konservative Wahlskandale. In Chatham hatte der liberale Kandidat, Admiral Sir James Stirling, von der Majorität der Wähler Zusicherungen erhalten, am Tage vor der Wahl schlugen ein paar hundert um und stimmten für Sir Frederic Smith, Exprotektionisten und Staatsretter. Das Geheimniß erklärte sich bald; wenige Tage nach der Wahl wurde ein Schwarm von Söhnen solcher plötzlich bekehrten Wähler in den Werften und im Postdienst untergesteckt.

New-York. Die Whigs, welche mit der Kandidatur des General Scott unzufrieden sind, haben zum 1. August eine neue Versammlung nach Philadelphia zur Aufstellung eines andern Kandidaten (Webster) ausgeschrieben.

Griechenland. Der Mörder des Senators Korfiotakis ward für schuldig erklärt. Drei angebliche Mitschuldige wurden freigesprochen.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Holdheim in Berlin.

Berlin,
Verlag von Theodor Heymann.

Druck von W. Pormetter in Berlin,
Kommandantenstr. 7.